



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, Inhaber der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

„Silberstreifen am Horizont“?

Uneinheitlich und teilweise widersprüchlich präsentierten sich Anfang Februar 2020 die kurz- und mittelfristigen Konjunkturprognosen. Während die Bundesregierung erkennbar um gute Stimmung bemüht ist, zeigen sich Wirtschaftsforschungsinstitute und Verbände eher realistisch. Konkret: Die Bundesregierung erwartet für 2020 ein Wirtschaftswachstum um 1,1 % und spricht von einem „Silberstreifen am Horizont“, der die Sorgen vor einer Rezession unbegründet erscheinen lasse. In den Bereichen Handel, Dienstleistungen und Bau gebe es Wachstumsraten von bis zu 5 %, während sich die Industrieproduktion deutlich abgeschwächt habe. Folgerichtig hat der BDI seine BIP-Prognose für das laufende Jahr auf nur noch 0,5 % gesenkt. Der ifo-Geschäftsklima-Index ist im Januar gefallen. Auch im Bauhauptgewerbe hat der Index nachgegeben. Die Einschätzungen der aktuellen Lage sanken auf den niedrigsten Stand seit Juni 2018. Außerdem nahm die Skepsis mit Blick auf die kommenden Monate erneut zu.

Über drei Monate Auftragsreichweite

Dennoch bleiben die Konjunktur-Ampeln für den Bau weiterhin auf grün. So lag der kalenderbereinigte reale Auftragseingang des Bauhauptgewerbes im November 2019 9,1 % über dem Vorjahresmonat. In den ersten elf Monaten stiegen die gebuchten Aufträge um real 4 %. Nach DIW-Schätzungen soll das Bauvolumen 2020 um insgesamt 3,3 % wachsen. Spitzenreiter bleibt der Wohnungsbau mit 4,1 % vor dem öffentlichen Bau (+3,2 %) und dem Wirtschaftsbau (+1,5 %). Das gesamte Bauvolumen soll nominal 458,7 Mrd. Euro betragen. Die durchschnittliche Auftragsreichweite hat sich im Bauhandwerk auf 13,4 und im Ausbauhandwerk auf 10,6 Wochen verbessert. Die Anschaffungsneigung der Deutschen ist im Januar – laut GfK – auf ein Zwölf-Monats-Hoch gestiegen. Also besteht auch für die SHK-Branche weiterhin Grund zur Gelassenheit.

Nachhilfe in Sachen Marktwirtschaft

Beim Neujahrsempfang des Spitzenverbandes der Immobilienwirtschaft hat sich der Bundeswirtschaftsminister klar für die soziale Marktwirtschaft und gegen systemwidrige Eingriffe wie Mietdeckel, Bodenwertsteuer und Enteignung ausgesprochen. Peter Altmaier bezog folgendermaßen Stellung: „Wenn es Leute gibt, die glauben, sie könnten, statt das Angebot zu erhöhen, einfach nur die Verbote vermehren, werden sie am Ende nicht mehr, sondern weniger Wohnraum schaffen. Ich halte nichts von irgendwelchen Überlegungen, Mieten zu deckeln oder einzufrieren. Wie werden sehen, dass Berlin zurückfallen wird hinter viele andere Metropolen in Deutschland, die auf Marktwirtschaft und Angebot setzen.“ Der Bundeswirtschaftsminister hielt es übrigens für erforderlich, Ende Januar für eine „mittelstandsfreundliche Politik in der gesamten Bundesregierung“ zu werben. Im Gespräch mit Staatssekretären aus anderen Bundesministerien bemühte er sich um mehr Verständnis für die berechtigten Anliegen mittelständischer Unternehmen. Als Themen ausdrücklich genannt wurden die Bereiche Unternehmenssteuern, Arbeitsmarkt, Fachkräfte, Bürokratie und Digitalisierung. Diese ebenso ungewöhnliche wie demonstrative Initiative lässt vor allem beim GroKo-Partner SPD auf erheblichen Erkenntnis- und Handlungsbedarf schließen.

Hier Enteignung – dort Entschuldung

Die Inflation hat im Januar stärker zugelegt als erwartet. Das Statistische Bundesamt beziffert die Geldentwertung auf 1,7 %. Preistreiber waren insbesondere die Haushaltsenergie und Kraftstoffe mit einem Plus von 3,4 %. Nahrungsmittel wurden um 2,4 % teurer. Während noch vor 20 Jahren Preisstabilität um die Nullmarke als volkswirtschaftlicher Idealzustand angesehen wurde, propagiert die EZB eine Teuerungsrate von 2 % schon seit langer Zeit als ideal für die konjunkturelle Entwicklung. Damit sind bekanntlich nicht nur hehre Ziele verbunden, sondern vor allem die Absicht, die südeuropäischen Schuldenländer zu entlasten. Bestandteil dieser Geldpolitik ist bekanntlich auch die Null-Zins-Strategie, die deutsche Sparer bisher um mehrere 100 Mrd. Euro enteignet hat. Einer aktuellen Studie zufolge werden die Anleger allein 2020 über 24,5 Mrd. Euro verlieren. Trotz massiver Proteste erhielt der Ex-EZB-Chef Mario Draghi kürzlich vom Bundespräsidenten das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Steinmeier führte dabei aus: „Sie haben sich um Europa verdient gemacht. Und damit haben Sie – das sage ich ganz bewusst – auch meinem Land einen großen Dienst erwiesen.“ Wahrscheinlich hatte der Bundespräsident hier nicht die Bürger, sondern den deutschen Staat im Auge, der von 2008 bis Ende 2019 – laut Bundesbank – durch die Niedrigzinspolitik 436 Mrd. Euro an normalerweise anfallenden Zinsen eingespart hat. Das dürfte nur ein schwacher Trost für die deutschen Anleger sein, die im diesem Jahr nicht nur durch höhere Inflation enteignet, sondern zusätzlich sinnwidrigerweise durch Negativzinsen bestraft werden.

Energiepolitik: Rolle rückwärts?

Die sogenannte Energiewende nach dem Ausstieg aus der Kernkraft hat in zahlreichen Bereichen zu chaotischen Verhältnissen geführt und bisher viele Fragen offen gelassen. Wenn der Wegfall deutschen Atomstroms nur durch den Import französischen Stroms aus risikooffineren Atomreaktoren auszugleichen ist, scheint die Versorgungslogik nicht wirklich stringent zu sein. Auch die löbliche Absicht, möglichst bald weitgehend mit erneuerbaren Energien auszukommen, kollidiert mit den Realitäten. So hatte die stauende Öffentlichkeit kürzlich zur Kenntnis zu nehmen, dass der Bau neuer Wirtschaftsanlagen 2019 auf ein historisches Tief gefallen ist. Nur 325 neue Anlagen mit einer Gesamtleistung von 1078 Megawatt sind im vergangenen Jahr aus Netz gegangen. Das waren 55 % weniger als 2018 und 80 % weniger als 2017. Laut Bundesverband Windenergie (BWE) müsste eigentlich jährlich die fünffache Menge an Windrädern mit einer Leistung von 5000 MW gebaut werden, um das Regierungsziel (Anteil erneuerbarer Energien in Höhe von 65 % am Stromverbrauch bis 2030) zu erreichen. Wegen der zunehmenden Abrisse alter Windräder bestehe sogar die Gefahr, dass die Gesamtzahl der Anlagen sinken könne. Als wesentliches Hemmnis nennt der BWE die mangelnde Akzeptanz bei den Anwohnern, die sich häufig gegen die Errichtung organisieren. Der Mangel an überzeugenden Perspektiven für eine gesicherte Energieversorgung trägt offenbar dazu bei, frei von Denkverboten neu nachzudenken. So will ein CDU-Positionspapier eine mögliche Rückkehr zur Atomkraft prüfen. Zunächst sollen Projekte zur Kernfusion und zu kleinen modularen Reaktoren „ergebnisoffen“ geprüft werden – und zwar als mögliche Variante für eine CO₂-freie Energieproduktion.